

Signatur: 2025.SR.0399
Geschäftstyp: Kleine Anfrage
Erstunterzeichnende: Carola Christen (GFL)
Mitunterzeichnende: -
Einreichtdatum: 4. Dezember 2025

Kleine Anfrage: Sicherstellung eines Übergangsangebots im Bereich zweisprachiger Schulangebote (Classe bilingue); Antwort

Fragen

Der Gemeinderat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Plant der Gemeinderat ein Übergangsangebot, um die Phase zwischen der Auflösung der städtischen *Classe bilingue* und dem möglichen Aufbau des neuen zweisprachigen Angebots der Französischen Schule zu überbrücken?
2. Wie wird sichergestellt, dass bestehende Ressourcen, insbesondere qualifizierte Lehrpersonen, Unterrichtsmaterialien und organisatorische Strukturen, nicht vollständig abgebaut werden, bevor das mögliche neue kantonale Angebot bereitsteht?
3. Ist der Gemeinderat bereit, aktiv Synergien mit dem Kanton und der Französischen Schule zu nutzen, um Doppelaufwände – insbesondere bei der Rekrutierung von Lehrpersonen, der Klassenbildung und der Schulorganisation – zu vermeiden, sollte der Vorstoss aus dem Grossen Rat zustande kommen?

Begründung

Im Sommer 2026 wird das städtische Angebot der *Classe bilingue* (Pilotprojekt) eingestellt, ohne dass ein Nachfolgeangebot der Stadt Bern vorgesehen ist. Nun hat der Grosse Rat im November 2025 eine Interpellation einstimmig angenommen, die fordert, dass die Französische Schule künftig ein zweisprachiges Angebot analog demjenigen der *Classes bilingue* einführt. Angesichts dessen, dass die Stadt Bern die ECLF (*Ecole Cantonale de Langue Française*) ebenfalls finanziell unterstützt und dass die Stadt Bern mit dem Pilotprojekt der ClaBi wertvolle Erfahrungen sammeln konnte, stellt sich die Frage, wie hier allfällige Synergien genutzt werden könnten. So konnte die Stadt Bern bereits Strukturen aufbauen und Lehrpersonen rekrutieren, um zweisprachiges Lernangebot zu ermöglichen. Im Hinblick, dass der Kanton nun ein neues zweisprachiges Angebot prüft, erachten wir hier eine enge Zusammenarbeit als notwendig, um einerseits die bestehenden Strukturen (bspw. Etablierte Klassen, rekrutierte Lehrpersonen) aktiv zu nutzen aber auch um sicherzustellen, dass diese Strukturen nicht von neu aufgebaut werden müssen. Zudem existieren aktuell funktionierende zweisprachige Klassen, die ohne Übergangslösung aufgelöst oder neu zusammengestellt werden müssten. Dies würde zu unnötigem organisatorischem Aufwand, möglichem Frust bei Familien sowie einem Bruch in der Lernkontinuität der Kinder führen. Ein koordiniertes Vorgehen zwischen Stadt und Kanton, inklusive Nutzung bestehender Synergien, würde sowohl Ressourcen schonen als auch den betroffenen Schülerinnen und Schülern einen stabilen Bildungsweg sichern.

Antwort des Gemeinderats

Zu Frage 1:

Ein Übergangsangebot ist nicht vorgesehen. Die Stadt unterstützt die Rückkehr der betroffenen Schüler*innen an die Schulstandorte in ihren Wohnquartieren der Stadt Bern. Dieser Prozess ist fortgeschritten. Für den Gemeinderat hat dabei die sorgfältige Begleitung der Schüler*innen und deren

Eltern oberste Priorität. Darüber hinaus prüft die Stadt, mit welchen Angeboten die Zweisprachigkeit zukünftig in allen Schulkreisen gefördert werden kann.

Zu Frage 2:

Die Lehrpersonen und die Schulleitung müssen mit Beendigung des Schulversuchs ordentlich gekündigt werden. Da es sich bei der Beendigung des Schulversuchs formal um eine Reorganisation handelt, werden die gekündigten Fachpersonen durch die Bildungs- und Kulturdirektion des Kantons Bern BKD bei der Stellensuche unterstützt. Neben dem bereits vorliegenden Bericht der Universität Genf wird durch die Pädagogische Hochschule Bern (PH Bern) ein weiterer Bericht zum Übertrittsverfahren erstellt. Ein Abschlussbericht zu operativen und organisatorischen Erfahrungen im Schulversuch wird durch die neu angestellte Schul- und Projektleitung Clabi in Zusammenarbeit mit der Steuergruppe verfasst. Sämtliche Berichte werden an den Kanton weitergegeben. Das spezifisch für zweisprachigen Unterricht angeschaffte Material wird gesammelt, inventarisiert und in Zusammenarbeit mit der PH Bern gesichtet und allenfalls ergänzt. Anschliessend wird dieses allen Schulen zugänglich gemacht.

Zu Frage 3:

Die Motion 205-2025, Pauli (Nidau, FDP): „Die Ecole cantonale de langue française (ECLF) soll ihr Angebot einer französischen Volksschule mit einer bilingualen Volksschule ergänzen“ wurde in der Wintersession 2025 des Grossen Rates als Postulat überwiesen. Der Regierungsrat hat gemäss Art. 70 Abs. 1 Grossratsgesetz (BSG 151.21) nun zwei Jahre Zeit das Anliegen zu prüfen und Bericht zu erstatten.

Bern, 21. Januar 2026

Der Gemeinderat